

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus Anlass des dritten Jahrestags der russischen Vollinvasion in der Ukraine hat die Europäische Union am gestrigen 24. Februar ihr nunmehr 16. Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Dieses sieht unter anderem Sanktionen gegen 83 Personen und Institutionen, EU-Einfuhrbeschränkungen gegen russisches Rohaluminium, Exportverbote für chemische Vorprodukte und bestimmte Maschinenteile sowie Ausfuhrverbote für Geräte und Software zur Steuerung von Kampfdrohnen vor. Im Energiebereich gab es Sanktionen gegen 73 weitere Öltanker sowie Verbote, Dienstleistungen für russische Öl- und Gasraffinerien zu erbringen. 13 weitere russische Banken wurden aus dem Finanzkommunikationssystem Swift ausgeschlossen. Hinzu kommen auch Sanktionen gegen Banken und Unternehmen aus Drittländern, die Russland bei der Umgehung von Sanktionen behilflich sind. Das Paket sieht auch die Möglichkeit eines Flugverbots für Airlines aus Drittstaaten in der EU vor, falls sie Flüge innerhalb Russlands anbieten. Die neuen Maßnahmen beinhalten zudem Sanktionen gegen Belarus sowie einige neue Ausnahmeregelungen. Alle Informationen zum 16. Sanktionspaket finden Sie in der Rubrik EU. Auch Großbritannien und Australien haben große Sanktionspakete vorgelegt, die USA hingegen setzen unter Trump offenbar auf einen „Deal“ mit Russland, der auch zur Aufhebung von Sanktionen führen könnte.

Neben vielen weiteren Meldungen enthält dieses Ost-Ausschuss-Update zudem zwei wichtige Terminhinweise: Am 27. Februar bietet die Bundesregierung ein Online-Briefing zum neuen EU-Sanktionspaket an. Und am 11. und 12. März können Unternehmen in Frankfurt/M. an einem kostenlosen Sanktionsworkshop teilnehmen, bei dem Compliance-Anforderungen rund um US-Sanktionen auf dem Programm stehen und zu dem auch eine Abordnung aus den USA erwartet wird.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Hinweise zu aktuellen Sanktionsentwicklungen!

Ihre Redaktion

OA-Update 2025/02
Stand: 25. Februar

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Pressekonferenz des Ost-Ausschusses:

Mittel- und Osteuropa wird wichtiger für die deutsche Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien bleibt eine feste Stütze der deutschen Exportwirtschaft. Dies zeigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts, die der Ost-Ausschuss ausgewertet hat. Im vergangenen Jahr stiegen demnach die deutschen Ausfuhren in die 29 Zielländer des Ost-Ausschusses gegen den Trend um knapp ein Prozent auf insgesamt 281 Milliarden Euro. Besonders erfreulich entwickelten sich die deutschen Exporte nach Polen (+3,5 Prozent) und in die Ukraine. Letztere legten um 1,2 Milliarden auf 8,2 Milliarden Euro zu (+17 Prozent). Der Handel mit Russland schrumpft hingegen sanktionsbedingt weiter: Die deutschen Ausfuhren nach Russland – insbesondere pharmazeutische und chemische Erzeugnisse – gaben um 1,3 Milliarden auf nun noch 7,6 Milliarden Euro nach (-15 Prozent). Russland rangiert unter den deutschen Handelspartnern nur noch auf Platz 45, die Ukraine erreicht Platz 38.

„Der deutliche Anstieg der deutschen Importe aus der Ukraine zeigt, dass es bei der Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt echte Fortschritte gibt“, sagte die Vorsitzende des Ost-Ausschusses Cathrina Claas-Mühlhäuser am 11. Februar bei Vorstellung der Zahlen in einer Pressekonferenz. „Die EU-Integration und der wirtschaftliche Wiederaufbau der Ukraine gehören untrennbar zusammen“, betonte die Ost-Ausschuss-Vorsitzende. „Stabile Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit für Investoren sind unabdingbare Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum.“ Dazu sei die schnelle Übernahme von EU-Standards entscheidend „Sicherheit für die Ukraine bedeutet auch Sicherheit für die dort engagierten deutschen Unternehmen, vor allem aber Sicherheit für die gesamte EU“, so Claas-Mühlhäuser. Finanzhilfen für den Wiederaufbau müssten stärker an die Beteiligung deutscher Unternehmen geknüpft werden.

Deutsche Unternehmen, die in Mittel- und Osteuropa aktiv sind, erwarten, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Region zunehmen wird, dies ergab eine gemeinsame Umfrage von Ost-Ausschuss und KPMG, an der sich Ende 2024 133 Unternehmen beteiligten. 55 Prozent der Befragten prognostizieren, dass die 20 Länder Mittel- und Osteuropas bis 2030 als Markt und Investitionsstandort noch wichtiger werden. Die Ukraine gehört laut Umfrage zu den Top-Investitionsstandorten und liegt nach Polen und Rumänien an dritter Stelle, vor Ungarn und der Tschechischen Republik.

Hier finden Sie den vollständigen Bericht zur Pressekonferenz, die aktuellen Handelszahlen, sowie die Positionen des Ost-Ausschusses zu den Koalitionsverhandlungen:

[Mittel- und Osteuropa wird immer wichtiger für die deutsche Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Die detaillierte Auswertung der Umfrage von Ost-Ausschuss und KPMG zu den Erwartungen deutscher Unternehmen in der Region finden Sie hier:

[German-Central and Eastern European Business Outlook 2025](#)

2. Deutschland

Lange Bearbeitungszeiten bei Exportanträgen

Die Genehmigungszeiten für Exportanträge deutscher Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren stark verlängert. Das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor, die dem Handelsblatt vorliegt. Demnach dauerte die Bearbeitung komplizierter Fälle im vergangenen Jahr durchschnittlich 281 Arbeitstage.

Bei den Genehmigungen geht es um Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können (Dual Use). Deshalb müssen Unternehmen in vielen Fällen zuvor eine Genehmigung beim Wirtschaftsministerium beziehungsweise dessen nachgelagerte Prüfbehörde BAFA einholen. Im Jahr 2023 gab es laut dem Bericht insgesamt 7000 Einzelgenehmigungen mit einem Gesamtwarenwert von etwa 3,7 Milliarden Euro. Dem stehen 145 Ablehnungen mit einem Gesamtwert von rund 116 Millionen Euro gegenüber.

Für Anträge, Dual-Use-Güter in Länder außerhalb der EU zu exportieren, benötigte das Wirtschaftsministerium im Jahr 2021 durchschnittlich 18 Arbeitstage. 2024 waren es 33 Arbeitstage, also fast doppelt so lange. Bei den zeitintensivsten 15 Prozent der Vorgänge stieg die Bearbeitungszeit laut Handelsblatt von 72 Tagen im Jahr 2021 auf 170 Tage im vergangenen Jahr. Und bei den fünf Prozent der Anträge mit der längsten Bearbeitungszeit gibt es einen Anstieg von 129 (2021) auf 281 (2024) Arbeitstage. Seit Einführung weitreichender Russland-Sanktionen ab 2022 gelten verschärzte Regeln, die umfassendere Prüfungen nach sich ziehen.

[Dual Use: Wirtschaftsministerium braucht länger bei Exportgenehmigungen](#)

Deutsche Bank stellt Russland-Überweisungen ein

Die Deutsche Bank AG informierte ihre Kunden über ihre Entscheidung, ab der zweiten Märzhälfte 2025 alle Überweisungen aus und nach Russland und Belarus über die Deutsche Bank Gruppe einzustellen. Die Entscheidung wurde aufgrund des komplexen und restriktiven Umfelds der internationalen Sanktionen sowie der ständig zunehmenden Finanz-, Reputations- und Compliance-Risiken der Deutsche Bank Group im Zusammenhang mit Transaktionen mit Russland und/oder Belarus getroffen. Dies kann zur vollständigen Einstellung von Transaktionen führen und stellt viele internationale Unternehmen vor ein Problem, die ihre Geschäftstätigkeit im Zusammenhang mit der Lieferung nicht sanktionsierter Waren und Dienstleistungen nach/aus Russland und/oder Belarus, einschließlich ihrer lokalen Tochtergesellschaften in diesen Ländern, noch fortsetzen.

Auto-Parallelimporte nach Russland rückläufig

Im vergangenen Jahr sind insgesamt 181.200 neue Autos per Parallelimport, das heißt ohne Zustimmung der Hersteller und Rechteinhaber, nach Russland eingeführt worden. Das ist ein Fünftel weniger als 2023, berichten laut Angaben der Kammer Moskau die Analytiker von Awtostat. Mehr als vier Fünftel der Importe seien von Privatpersonen verzollt worden. Am häufigsten sind demnach Fahrzeuge der chinesischen Marke Geely parallel importiert worden: Diese machten 13,7 Prozent der Einfuhren aus. Knapp dahinter liege mit 13,2 Prozent die ebenfalls aus China stammende Automarke Lixiang, die auf dem russischen Markt nicht offiziell vertreten ist. Es folgten Toyota (11,5 Prozent), BMW (7,3 Prozent) und Mercedes-Benz (4,3 Prozent). Außerdem gelangten noch Fahrzeuge der Marken Jetta, Zeekr, Kia und Hyundai in nennenswerten Mengen per Parallelimport nach Russland. Der Großteil der Parallelimporte kam aus Kirgisistan, China und Belarus.

Russischer Außenhandel von China dominiert – Deutschland rutscht ab

Laut der russischen Wirtschaftszeitung RBK führt China mit deutlichem Abstand die Rangliste der zehn bedeutendsten Handelspartner der Russischen Föderation an. Der Handel mit den Chinesen hat damit im Erhebungszeitraum von Januar bis Oktober 2024 mehr als ein Drittel des russischen Außenhandelsumsatzes ausgemacht. Daten des Föderalen Zolldienstes ergeben, dass Indien zwar noch immer den zweitwichtigsten Rang einnimmt (8,8 Prozent), doch die Türkei rückt deutlich auf.

Auf Platz 1 liegt China mit einem Anteil von 33,8 Prozent am Außenhandelumsatz, auf Platz 2 mit 8,8 Prozent Indien, dicht gefolgt von der Türkei auf Platz 3 mit 8,3 Prozent. Auf den Rängen liegt Belarus (7,1 Prozent), gefolgt von Kasachstan (4,0 Prozent), Südkorea (2,1 Prozent), Deutschland (1,8 Prozent), Armenien (1,8 Prozent), Italien (1,5 Prozent) und Usbekistan (1,4 Prozent). Der Außenhandelsanteil sogenannter freundlicher Staaten, die Russland nicht sanktionieren, lag dabei zum Jahresende 2024 bei 80 Prozent (2023: 75 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2023 sind die Spitzenpositionen 1 bis 5 unverändert. In der jüngsten Vergangenheit, etwa im Vorkrisenjahr 2021, hatten China (18,3 Prozent), Deutschland (7,4 Prozent), die Niederlande (5%), Belarus (5%) und die USA (4,2%) die Top 5 dominiert. Die Türkei lag seinerzeit auf Platz 6, während Indien noch nicht einmal zu den Top 10 gehörte.

Oligarch Abramowitsch im Visier deutscher Ermittler

Für den russischen Oligarchen Roman Abramowitsch interessieren sich zunehmend deutsche Ermittler. Nach SPIEGEL-Informationen wurden in Baden-Württemberg vor mehreren Monaten vier Luxusautos „eingefroren“ – sie dürfen nicht mehr verkauft, vermietet oder mit einem Kredit belastet werden. Die Autos sind bei einem Spezialbetrieb

für Oldtimer und Sportwagen im baden-württembergischen Obersulm eingelagert. Ihr Wert wird auf mehrere Millionen Euro geschätzt.

Mehrmals sollen auch Fahnder des Bundeskriminalamts und der Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung im bayerischen Garmisch-Partenkirchen eine Villa durchsucht haben. Dem Vernehmen nach wurden etliche Kunstwerke als Beweismittel beschlagnahmt. Auf Anfrage teilte ein Anwalt von Abramowitsch mit, sein Mandant sei nicht der letztgültige Eigentümer der Villa und der Luxusautos. Das sei er auch nicht zum Zeitpunkt seiner Sanktionierung durch die EU gewesen. Ein Regel- oder Gesetzesverstoß liege nicht vor. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main bestätigte auf Anfrage, ein Ermittlungsverfahren „gegen einen 58-jährigen Unternehmer aus der Russischen Föderation“ wegen des Verdachts einer Straftat nach dem Außenwirtschaftsgesetz zu führen.

Spiegel+:

[Roman Abramowitsch: Russischer Oligarch im Visier deutscher Ermittler - DER SPIEGEL](#)

Bundeseigene Sefe forciert LNG-Lieferungen aus Russland in die EU

Bei der Einfuhr von Flüssigerdgas aus Russland in die EU spielt Deutschland einer Analyse zufolge weiterhin eine zentrale Rolle. Wie aus einem Bericht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und anderen Organisationen hervorgeht, über den B24 berichtet, importierte das aus der früheren Gasprom Germania hervorgegangene bundeseigene Energieunternehmen Sefe im vergangenen Jahr mehr als sechsmal so viel Flüssigerdgas (LNG) in die Europäische Union wie noch 2023. Grundlage dafür seien Daten des Rohstoffanalyseunternehmens Kpler. Demnach kamen 5,66 Milliarden Kubikmeter von Sefe importiertes Flüssiggas im französischen Dunkirk am Ärmelkanal an.

Angaben der EU-Kommission zufolge wurden 2024 insgesamt 20 Milliarden Kubikmeter russisches LNG eingeführt – nach 18 Milliarden im Jahr zuvor. Den Daten von Kpler zufolge waren es 2024 sogar knapp 22 Milliarden Kubikmeter, nach 18,41 Milliarden Kubikmetern im Jahr 2023. Die größten LNG-Importeure in der EU sind nach Angaben der EU-Kommission Frankreich, Spanien, die Niederlande, Belgien und Italien. Von den Terminals in diesen Ländern wird das Gas in die Leitungen eingespeist, vermischt sich mit dem vorhandenen Gas und wird weiter transportiert – auch nach Deutschland.

Die EU hat zahlreiche Sanktionen gegen russische Energieträger wie Kohle und Öl verhängt, LNG wird aber bislang weiterhin aus Russland in die EU eingeführt. Untersagt sind derzeit nur Investitionen in LNG-Projekte, die in Russland im Bau sind, sowie Ausfuhren zugunsten dieser Projekte. Auch dürfen EU-Häfen nicht zur Verschiffung von russischem LNG in Drittstaaten genutzt werden. Zudem ist die Einfuhr an bestimmten Terminals, die nicht an das Gasfernleitungsnetz der EU angebunden sind, verboten. Bis 2027 will die EU unabhängig von fossilen Rohstoffen aus Russland werden.

[Bericht: Deutschland zentral bei russischen LNG-Importen | BR24](#)

Sanktionsumgehung - Vorwürfe gegen deutsche Unternehmen

Die Berliner Tageszeitung taz erhebt in Kooperation mit dem Belarusian Investigative Center (BIC) Vorwürfe gegen deutsche Unternehmen, indirekt an der Produktion russischer Raketen vom Typ Iskander beteiligt zu sein. Demnach werde die russische Raketenproduktion durch das belarussische Unternehmen Integral ermöglicht, das für seine Zulieferteile wiederum auf technische Anlagen aus dem Westen angewiesen sei. Lieferungen seien auf Umwegen über Kasachstan oder Polen erfolgt.

Integral stellt nach Angaben der taz Schaltkreise, Halbleiter und Mikroelektronik her. Seinen Sitz hat es in der belarussischen Hauptstadt Minsk, außerdem gibt es Niederlassungen in China und Indien. Mikrochips von Integral fänden sich vor allem in Medizintechnik – und in russischen Raketen.

Integral liefere die Technik, die Russland dringend brauche – und fertige sie mit Hilfe europäischer Maschinen und Wertstoffe. Die Geräte, mit denen Integral arbeitet, stammen nach Informationen der taz aus Deutschland, England und der Schweiz. Die Salzsäure zur Produktion von Mikrochips werde vom Münchner Unternehmen Wacker Chemie hergestellt und von dem Unternehmen UrSeCo Handels GmbH & Co. KG aus Nordrhein-Westfalen geliefert. Wacker Chemie will den konkreten Fall nun prüfen und erklärte gegenüber der taz: „Das von Ihnen genannte Unternehmen ist bislang als deutscher Abnehmer noch nicht kritisch eingestuft worden und steht auf keiner Sanktionsliste.“ Man habe jegliche Geschäftsaktivitäten mit dem Unternehmen vorsorglich gesperrt. Das Unternehmen UrSeCo aus NRW bestreitete gegenüber der taz den Vorwurf.

Das Minsker Unternehmen Integral soll zudem über Zwischenhändler Motoren und Ersatzteile des Maschinenbauunternehmens Motorenwerke Mannheim (MWM) bezogen haben, heute Caterpillar Energy Solutions. Deren Motoren seien wichtig für die Stromversorgung für die Produktion von Mikrochips. Das Unternehmen erklärte auf Anfrage der taz, Caterpillar verpflichte sich, im Einklang mit den in seinem Verhaltenskodex dargelegten Werten zu handeln: „Dazu gehört, dass wir unsere Geschäfte im Rahmen der geltenden Sanktionen, Gesetze und Vorschriften der Länder führen, in denen wir tätig sind.“

Integral hat zwischen März 2022 und Juni 2024 mehr als sechs Millionen Mikrochips im Wert von mehr als 130 Millionen US-Dollar nach Russland geliefert. Das gehe aus Zolldaten hervor, die BIC und der taz vorliegen. Integral sei damit für einen Großteil der belarussischen Chip-Lieferungen an Russland verantwortlich.

[Umgehung von Russland-Sanktionen: Tödliche Mikrochips | taz.de](#)

3. Europäische Union

16. Sanktionspaket der EU gegen Russland - Details

Die EU hat wie lange geplant zum dritten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine ihr nunmehr 16. Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Hier eine Übersicht über die verhängten Maßnahmen:

- Neue Listungen von Personen, Organisationen und Schiffen

Weitere 48 Personen und 35 Organisationen werden mit Reise- und Vermögensperren belegt. Zwei neue Kriterien ermöglichen es dabei der EU, restriktive Maßnahmen gegen Personen und Organisationen zu verhängen, die Schiffe der russischen Schattenflotte besitzen oder betreiben, sowie gegen Personen und Organisationen, die den militärischen und industriellen Komplex Russlands unterstützen oder von ihm profitieren.

Gelistet wurden 74 weitere Schiffe, die als Teil der russischen Schattenflotte operieren. Darunter befindet sich jetzt auch der vor Rügen festgesetzte Pannentanker „Eventim“. Damit erhöht sich deren Zahl insgesamt auf 153. Die gelisteten Schiffe unterliegen einem Hafenzugangsverbot und einem Verbot der Erbringung einer breiten Palette von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Seeverkehr. Diese Maßnahme zielt auf Nicht-EU-Tanker ab, die den G7-Mechanismus zur Begrenzung des Ölpreises umgehen, den Energiesektor Russlands unterstützen, oder auf Schiffe, die für den Transport von militärischer Ausrüstung für Russland oder gestohlenem ukrainischem Getreide verantwortlich sind. Gelistet werden können künftig auch solche Schiffe, die eine Gefahr für die Umwelt darstellen.

53 weitere Unternehmen bzw. Organisationen unterliegen strengerer Exportbeschränkungen, weil sie den russischen Militär- und Industriekomplex in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine durch Lieferung verbotener, militärisch nutzbare Bauteile unterstützen. Darunter sind auch Firmen aus Drittländern wie China einschließlich Hongkong, Indien, Kasachstan, Singapur, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate und Usbekistan, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sein sollen.

- Finanzsanktionen

Verhängt wurde erstmals ein Transaktionsverbots für drei Kredit- oder Finanzinstitute mit Sitz außerhalb Russlands, die das „System for Transfer of Financial Messages“ (SPFS) der russischen Zentralbank nutzen.

13 Finanzinstitute wurden in die Liste der Organisationen aufgenommen, für die das Verbot der Erbringung spezialisierter Nachrichtenübermittlungsdienste für den Zahlungsverkehr gilt;

Generell wird das Transaktionsverbot ausgeweitet, um es der EU zu ermöglichen, Finanzinstitute und Anbieter von Kryptowerten, die an der Umgehung der

Ölpreisobergrenze beteiligt sind und Transaktionen mit gelisteten Schiffen der Schattenflotte erleichtern, in die Liste aufzunehmen.

Verboten wurden zudem jegliche Transaktionen mit einer Reihe von Häfen, Schleusen und Flughäfen in Russland, die für die Verbringung von unbemannten Luftfahrzeugen, Raketen und zugehöriger Technologie und Komponenten nach Russland genutzt werden oder zur Umgehung der Ölpreisobergrenze oder anderer restriktiver Maßnahmen gegen Schiffe, die irreguläre und risikoreiche Transportpraktiken anwenden, beitragen. Dazu gehören zwei Moskauer Flughäfen (Wnukowo und Schukowski), vier Regionalflughäfen, der Wolgahafen Astrachan und der Hafen von Machatschkala am Kaspischen Meer. Die Seehäfen Ust-Luga und Primorsk an der Ostsee und Novorossiysk am Schwarzen Meer wurden ebenfalls aufgenommen.

- Gütersanktionen

Im Mittelpunkt der neuen EU-Maßnahmen steht unter anderem ein Importverbot für Rohaluminium. Dieses wird zusätzlich zu dem bereits geltenden Einführverbot für verarbeitete Aluminiumerzeugnisse aus Russland eingeführt. Um einen reibungslosen Übergang für Unternehmen zu gewährleisten, werde ein Quotensystem eingeführt, das es erlaubt, 275 000 Tonnen (80 Prozent der EU-Einfuhren im Jahr 2024) über einen Zeitraum von zwölf Monaten zu nutzen, schreibt die Kommission.

Russisches Aluminium wird unter anderem für Elektroautos verwendet, daher hatten EU-Staaten lange Zeit Bedenken gegen diesen Schritt. Allerdings sind nach Informationen der FAZ die Importe aus Russland in den vergangenen Jahren stark zurück gegangen, von 16 Prozent im Jahr 2000 auf zuletzt nur noch drei Prozent Marktanteil in der EU. Vorgesehen ist nun, dass die Staaten im laufenden Jahr maximal 80 Prozent der Vorjahresquote an Aluminium aus Russland importieren, Altverträge bedienen und dann ab 2026 gar kein Rohaluminium aus Russland mehr beziehen. 2024 importierte die EU nach Informationen von Politico von Januar bis Oktober aus Russland 130.000 Tonnen Aluminium bzw. sechs Prozent seiner Aluminiumimporte insgesamt. 2022 und 2023 hatte der Anteil im gleichen Zeitraum jeweils 19 Prozent und elf Prozent betragen, geht aus der UN-Handelsstatistik hervor.

Die Liste der sanktionsierten Exportgüter, die zur technologischen Verbesserung des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen, wird zudem erweitert um chemische Vorläuferstoffe von Chlorpirin und ähnliche Mittel. Neue Export- und Transitbeschränkungen gelten auch für Chemikalien, Chromerze und Chromverbindungen, einige Kunststoffe und Gummi. Darüber hinaus wurden zusätzliche Ausfuhrbeschränkungen für Industriegüter eingeführt und speziell auf Mineralien, Chemikalien, Stahl, Glasmaterialien und Feuerwerkskörper von besonderer militärischer Bedeutung abgezielt.

Außerdem gibt es ein Ausfuhrverbot für Geräte, die zur Steuerung von Kampfdrohnen eingesetzt werden können. Dazu gehören zum Beispiel auch Videospielkonsolen-Controller und Software im Zusammenhang mit CNC-Maschinen (Computer Numerical Control) und Steuerungen für unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs).

Weiter beschränkt wird der Export von Waren und Technologie, insbesondere von Software, im Zusammenhang mit der Öl- und Gasexploration, und verboten wird die vorübergehende Lagerung von russischem Rohöl und Erdölprodukten innerhalb der EU. Darüber hinaus wird das Verbot auf die Bereitstellung von Waren, Technologien und Dienstleistungen für die Fertigstellung von Rohölprojekten in Russland, wie z. B. das Wostok-Ölprojekt, ausgedehnt, ähnlich wie bei der Fertigstellung von derzeit laufenden LNG-Projekten.

Der Rat verbietet auch die Bereitstellung von Zwischenlagern für russisches Rohöl und Erdölprodukte innerhalb der EU, unabhängig vom Kaufpreis des Öls und dem endgültigen Bestimmungsort dieser Produkte.

Um die illegale Wiederausfuhr von sanktionierten EU-Waren zu bekämpfen, müssen EU-Unternehmen, die sensible Güter an Drittländer verkaufen, die keine Partnerländer sind, Due-Diligence-Mechanismen einführen, mit denen die Risiken einer solchen Wiederausfuhr nach Russland ermittelt, bewertet und gemindert werden können. Die Kommission will die Wirtschaftsbeteiligten dabei unterstützen, die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, insbesondere in Bezug auf diese Anforderungen.

Die begrenzten Ausnahmeregelungen für bestimmte Ausfuhren von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und fortschrittlichen Technologien, zum Beispiel für medizinische Zwecke, wurden präzisiert und weiter verschärft, um eine wirksame Anwendung durch Zoll- und Genehmigungsstellen zu unterstützen.

- Verkehrsbeschränkungen

Mit dem Paket wird das Flugverbot ausgeweitet, damit Luftfahrtunternehmen aus Drittländern, die Inlandsflüge innerhalb Russlands durchführen oder Luftfahrtgüter an russische Luftfahrtunternehmen oder für Flüge innerhalb Russlands liefern, in die Liste aufgenommen werden können. Wenn sie in die Liste aufgenommen werden, dürfen diese Fluggesellschaften die EU nicht mehr anfliegen. Zur Erläuterung: Da russischen Fluggesellschaften aufgrund der westlichen Sanktionen flugtaugliche Flugzeuge fehlen, können sie die Nachfrage nicht decken. Deshalb möchte der Kreml ausländische Airlines dafür gewinnen, Inlandsflüge in Russland anzubieten. Ausländische Fluggesellschaften, die so genannte Kabotageflüge in Russland durchführen, erhalten nunmehr ein Flugverbot in der EU. Zum anderen landen auch Unternehmen auf der Flugverbotsliste, die beispielsweise Flugzeuge für den Inlandsverkehr an russische Airlines vermieten.

Um mögliche Schlupflöcher zur Umgehung bestehender Sanktionen zu schließen, wird im Rahmen des Pakets zudem eine Änderung vorgenommen, mit der verhindert wird, dass der russische Eigentumsanteil an Kraftverkehrsunternehmen in der EU auf mehr als 25 Prozent erhöht werden kann.

- Medien- und Dienstleistungsbeschränkungen

Die EU verbietet die Bereitstellung von Bauleistungen, einschließlich Tiefbauarbeiten, und erweitert damit den bereits in den illegal besetzten Teilen der Ukraine geltenden Ansatz.

Acht Medienunternehmen, die unter Kontrolle der russischen Regierung stehen, verlieren ihre Sendelizenzen in der EU. Dabei handelt es sich um: EADaily / Eurasia Daily, Fondsk, Lenta, NewsFront, RuBaltic, SouthFront, Strategic Culture Foundation und Krasnaya Zvezda / Tvezvezda. Im Einklang mit der Charta der Grundrechte hindern die Maßnahmen die betroffenen Medienkanäle und ihre Mitarbeiter aber nicht daran, in der EU andere Tätigkeiten als Rundfunk zu verrichten, zum Beispiel Recherchen und Interviews, heißt es in einer Pressmitteilung der EU-Kommission.

Außerdem werden weitere Beschränkungen für das Gebiet der Krim und in Sewastopol sowie in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine in den Oblasen Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja eingeführt. Diese Beschränkungen betreffen die Bereitstellung von Dienstleistungen in den Bereichen Rechnungswesen, Wirtschaftsprüfung, Buchhaltung, Steuerberatung, Unternehmens- und Managementberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Bauwesen, Architektur, Ingenieurwesen, Rechtsberatung, IT-Beratung, Marktforschung und Meinungsumfragen, technische Tests und Analysen sowie Werbung. Darüber hinaus betreffen die Beschränkungen die Bereitstellung bestimmter Software für das Management von Unternehmen und für das Industriedesign und die Fertigung sowie damit verbundene Rechte an geistigem Eigentum oder Geschäftsgeheimnisse.

Die Sanktionsregelungen für die nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine wurde gerade um ein weiteres Jahr bis Februar 2026 verlängert.

- Neue Sanktionen gegen Belarus

Das 16. Sanktionspaket zielt auch auf Belarus ab. Die gegen Russland verhängten handelsbezogenen Sanktionen gelten demnach auch für Belarus sowie auch die Beschränkungen des Verkaufs oder der Bereitstellung von Dienstleistungen und Software, Einlagen und Krypto-Asset-Wallets sowie des Transports. Darüber hinaus führte der EU-Rat ein neues Sanktionskriterium ein, das sich gegen Personen, Organisationen oder Einrichtungen richtet, die den militärischen und industriellen Komplex von Belarus unterstützen oder von ihm profitieren.

- Anpassung bestehender Sanktionen

Das neue Sanktionspaket wurde von der EU auch dazu genutzt, einige Sanktionen anzupassen und Ausnahmen zuzulassen. So gibt es erweiterte Ausnahmeregelungen für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und fortschrittlichen Technologien, für die Entgegennahme von Einlagen, die für die Umstrukturierung oder Liquidation einer juristischen Person erforderlich sind.

Um die Arbeit der Zivilgesellschaft und der Medien zu erleichtern, gibt es Ausnahmen für den Geldverkehr. Dringend notwendige Dienstleistungen in den Bereichen Bauwesen, Architektur und Ingenieurwesen, Rechtsberatung und IT-Beratung für diplomatische Vertretungen Russlands werden erlaubt.

Dokumente zum neuen Sanktionspaket:

Die umfangreichen Texte und Dokumente der einschlägigen Verordnungen und Beschlüsse wurden am 24. Februar im Amtsblatt der EU veröffentlicht:

[L_202500394DE.000101.fmx.xml](#)

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Pressemitteilung der EU-Kommission mit einem Überblick über die neuen Maßnahmen:

[Three years of Russia's full-scale invasion and war of aggression against Ukraine: EU adopts its 16th package of economic and individual measures - Consilium](#)

Deutsch:

[EU verabschiedet 16. Sanktionspaket gegen Russland](#)

FAQ /Q&A zum neuen Sanktionspaket:

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia - European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

[List of economically critical goods - European Commission](#)

Medienberichte zum EU-Sanktionspaket:

[Ukraine-Krieg: EU verhängt neue Sanktionen gegen Russland - DER SPIEGEL](#)

[Reaktion auf Ukraine-Krieg: EU-Staaten einigen sich auf neue Russland-Sanktionen - WELT](#)

[EU Imposes New Sanctions on Russia on Third Anniversary of Ukraine Invasion](#)

Gehen EU und USA in Zukunft eigene Sanktionswege?

Ein europäischer Beamter, der mit den Diskussionen vertraut ist, sagte dem europäischen Nachrichtenportal Euractiv, es sei „sehr wahrscheinlich“, dass sich die EU-Sanktionspolitik in den kommenden Monaten „unabhängig“ von den USA entwickeln könnte. Denn es bleibe unklar, welchen Kurs US-Präsident Donald Trump nach seinen ersten Schritten zur Wiederannäherung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin einschlagen könnte.

„Ich habe keine Verringerung des Engagements für die Umsetzung unseres Sanktionspakets festgestellt“, sagte der Beamte. „Daher halte ich es nicht für wahrscheinlich, dass wir den USA folgen würden, wenn sie eine andere Richtung einschlagen würden.“ Der lettische EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovksis schlug laut Medienberichten ebenfalls vor, dass sich die EU-Sanktionspolitik unabhängig von den USA entwickeln könnte.

„Ich denke, die Maßnahmen der derzeitigen Trump-Regierung machen sehr deutlich, dass die EU Fragen im Zusammenhang mit ihrer Sicherheit stärker selbst in die Hand nehmen muss“, sagte er und führte weiter aus, dass dies „auch die Sanktionspolitik betrifft“.

Seit der groß angelegten Invasion der Ukraine hat die EU Einfuhren aus Russland im Wert von 91,2 Milliarden Euro sowie Ausfuhren im Wert von 48 Milliarden Euro verboten, teilte die EU-Kommission mit.

EU-Sanktionen erfordern zu ihrer Implementierung die einstimmige Unterstützung der 27 EU-Mitgliedstaaten und müssen alle sechs Monate erneuert werden. Trumps enge Beziehung zum ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán – der die EU-Sanktionen wiederholt verurteilt hat – könnten daher zu „Problemen“ führen, wenn Washington Brüssel unter Druck setzt, die Sanktionen gegen Moskau aufzuheben, merkte ein EU-Diplomat an. Tatsächlich hat der ungarische Außenminister Peter Szijarto laut Medienberichten bereits angekündigt, dass Ungarn die Verlängerung von EU-Sanktionen angesichts der Verhandlungen zwischen Russland und den USA verzögern wolle.

US-Außenminister Marco Rubio hatte nach seinem Treffen mit russischen Beamten am Dienstag zunächst angedeutet, dass Washington die Sanktionen gegen Moskau im Rahmen einer Waffenstillstandsvereinbarung lockern könnte. „Sanktionen sind das Ergebnis dieses Konflikts“, sagte Rubio laut Euractiv und ergänzte, dass „es Zugeständnisse von allen Seiten geben muss, um einen Konflikt zu beenden“. Die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete jedoch später, dass Rubio mehrere europäische Amtskollegen vertraulich darüber informiert habe, dass Washington seine Sanktionen gegen Moskau bis zum Kriegsende aufrechterhalten werde. Ein Sprecher des US-Außenministeriums bestätigte am Dienstag zudem, dass Rubio die Minister aus Frankreich, Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Kaja Kallas, die EU-Chefdiplomatin „unmittelbar“ nach dem Treffen in Riad informiert habe.

[EU visiert „unabhängige“ Russland-Sanktionspolitik an – Euractiv DE](#)

Debatte über Beschlagnahmung russischer Zentralbankgelder nimmt wieder Fahrt auf

Estland hat einen neuen Vorstoß gestartet, um die anderen EU-Mitglieder dazu zu bewegen, eingefrorene russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen und sie zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. Das baltische Land hat den Partnern der Europäischen Union nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters ein Diskussionspapier zu diesem Thema geschickt. Rund 210 Milliarden Euro an russischen

Vermögenswerten sind in der EU durch Sanktionen im Rahmen eines internationalen Vorgehens gegen Moskau wegen seiner Invasion der Ukraine im Jahr 2022 eingefroren.

Im vergangenen Jahr einigte sich die G7-Gruppe – einschließlich der EU – darauf, die Gewinne aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Finanzierung eines 50-Milliarden-Dollar-Kredits für die Ukraine zu verwenden. Die Vermögenswerte selbst bleiben jedoch unberührt. „Die Entscheidung, die unerwarteten Gewinne zu nutzen, war ein Schritt in die richtige Richtung. Ich sehe, dass die Zeit jetzt reif ist, den nächsten Schritt zu tun“, sagte der estnische Außenminister Margus Tsahkna gegenüber Reuters.

Der Vorstoß wird von ukrainischer Seite unterstützt. In Berlin erklärte der scheidende ukrainische Botschafter Oleksij Makejew am 24. Februar bei einem Pressegespräch in der polnischen Botschaft Unter den Linden, er hoffe hier auf die Unterstützung des designierten Bundeskanzlers Friedrich Merz. Dieser habe in Vorgesprächen Bewegung in der Sache angedeutet.

Polens Finanzminister Andrzej Domański, dessen Land derzeit die rotierende EU-Ratspräsidentschaft innehat, erklärte laut Euractiv, dass Warschau ebenfalls an seinem Vorstoß festhält, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte in Höhe von 210 Milliarden Euro ganz zu beschlagnahmen. Belgien, wo sich der Großteil der Vermögenswerte befindet, lehnt die Idee hingegen ab, berichtet Euractiv. Die Regierung argumentiere, dass die Beschlagnahme der Vermögenswerte rechtlich zweifelhaft sei und die finanzielle Stabilität der Eurozone gefährden könnte. Die Beschlagnahme werde jedoch von vielen osteuropäischen Ländern nachdrücklich unterstützt und wurde auch von der vorherigen US-Regierung unter Joe Biden nachdrücklich befürwortet.

„Natürlich sind wir der Meinung, dass diese Vermögenswerte zum Nutzen der Ukraine eingesetzt werden sollten, und zwar nicht nur die Gewinne, sondern auch ie Vermögenswerte [selbst]“, sagte Domański auf einer Bloomberg-Veranstaltung.

[EU visiert „unabhängige“ Russland-Sanktionspolitik an – Euractiv DE](#)

[Russland-Sanktionen: EU geht gegen Schattenflotte vor - Importverbot von Rohstoffen - DER SPIEGEL](#)

EU plant Strafzölle

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur Einführung von Zöllen auf eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Russland und Belarus sowie auf bestimmte stickstoffhaltige Düngemittel angenommen.

Die von den neuen Zöllen betroffenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse machen 15 Prozent der Agrarimporte aus Russland im Jahr 2023 aus. Für sie galten bisher noch keine höheren Zölle. Nach der Annahme durch das Europäische Parlament und den Rat würden sämtliche Agrarimporte aus Russland EU-Zöllen unterliegen.

Mit dem Vorschlag soll die Abhängigkeit von Importen aus Russland und Belarus verringert werden. Diese Importe – vor allem von Düngemitteln – machen die EU anfällig für mögliche Zwangsmaßnahmen Russlands, was eine Gefahr für die Lebensmittelsicherheit in der EU darstellt.

Zudem fördern die Zölle das Wachstum der heimischen Produktion und die durch die Energiekrise geschwächte Düngemittelindustrie der EU. Mithilfe des Vorschlags können außerdem die Lieferketten aus Drittländern diversifiziert werden, um eine stabile Düngemittelversorgung zu gewährleisten und vor allem sicherzustellen, dass Düngemittel für Landwirtschaftsbetriebe in der EU auch weiterhin zu erschwinglichen Preisen erhältlich sind. Für den Fall, dass die Düngemittelpreise in der EU erheblich steigen sollten, sind Abhilfemaßnahmen vorgesehen.

Die Zölle dürften sich negativ auf die russischen Exporteinnahmen auswirken und damit Russlands Fähigkeit beeinträchtigen, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterzuführen.

Russische Agrar- und Düngemittelexporte in Drittländer bleiben unberührt

Die Durchfuhr aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus in Drittländer bleibt von diesen Maßnahmen unberührt. Dies steht im Einklang mit der Verpflichtung der EU, die Lebensmittelsicherheit weltweit zu fördern, insbesondere in Entwicklungsländern. Der An- und Weiterverkauf russischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse bleibt also unverändert, ebenso wie ihre Lagerung in EU-Zolllagern, der Transport auf EU-Schiffen oder die Erbringung von Versicherungs- und Finanzierungsdienstleistungen.

Nächste Schritte

Der Vorschlag der Kommission wird nun nach der Rechtsgrundlage für die gemeinsame Handelspolitik (Artikel 207 AEUV) vom Europäischen Parlament und vom Rat im Rahmen der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit geprüft.

[EU-Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus](#)

[EU envoys agree to ban Russian aluminium imports](#)

UniCredit plant weiter Ausstieg aus Russland

Die auch für die Übernahme der deutschen Commerzbank gehandelte italienische UniCredit könnte ihren Ausstieg aus Russland beschleunigen, wenn es zu einer Wende im Krieg in der Ukraine kommen sollte. Das sagte Andrea Orcel, Vorstandsvorsitzender der Bank jetzt laut Märkte Weltweit Medien im Interview mit der „Financial Times“. „Wenn sich die Lage ändert, verbessert sich unsere Fähigkeit, zu attraktiveren Bedingungen zu verkaufen, weil sich die Situation für alle Beteiligten auf beiden Seiten normalisiert“, so Orcel. Der römische CEO fügte hinzu, dass „die Verpflichtung der UniCredit, sich aus dem

Russlandgeschäft zurückzuziehen, absolut klar ist“ und dass es unter diesem Gesichtspunkt „kein Zurück mehr gibt“.

In den vergangenen zwei Jahren hat die Bank nach eigenen Angaben ihr grenzüberschreitendes Engagement in Russland auf rund 300 Millionen Euro reduziert. Im Februar 2022, als der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, hatte es noch bei 4,5 Milliarden Euro gelegen. Ziel der Bank ist es, dieses Engagement 2025 auf nahezu null zu senken. Russische Einlagen sollen auf weniger als zwei Milliarden Euro abgebaut werden. Das wäre eine Verringerung um 75 Prozent verglichen mit dem Niveau von Anfang 2022.

Belarus liefert Rapsöl aus den besetzten ukrainischen Gebieten in die EU

Laut Eurostat-Daten haben die EU-Mitgliedstaaten allein im ersten Halbjahr 2024 90.400 Tonnen Rapsöl aus Belarus im Wert von 67,7 Millionen Euro (71 Millionen US-Dollar) gekauft – etwa viermal so viel wie die im gesamten Jahr 2021 exportierten Mengen. Eine Analyse der ukrainischen Redaktion von Radio Free Europe legt nun nahe, dass einer der größten Rapsverarbeiter in Belarus Rohstoffe aus der von Russland besetzten Ukraine bezieht und das Endprodukt ungehindert in die EU liefert. Die Untersuchung ergab auch, dass dasselbe Unternehmen weiterhin Rapsöl über Lettland und Polen nach Litauen liefert, dem einzigen EU-Land, das seit der Invasion belarussische Lebensmittelexporte verboten hat.

[Belarus Selling Rapeseed Oil Sourced From Occupied Ukraine To The EU, RFE/RL Finds](#)

Sonderzölle auf russische Agrarprodukte

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur Einführung von Zöllen auf eine Reihe von Agrarerzeugnissen aus Russland und Belarus sowie auf bestimmte Düngemittel auf Stickstoffbasis angenommen. Maroš Šefčovič, Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit, interinstitutionelle Beziehungen und Transparenz erklärte: „Diese Zölle sind sorgfältig kalibriert, um mehrere Ziele zu erreichen. Wir wollen Russlands Kriegswirtschaft weiter schwächen und gleichzeitig die Abhängigkeiten der EU verringern, unsere Industrie unterstützen und die weltweite Ernährungssicherheit bewahren. Wir werden alle notwendigen Schritte unternehmen, um unsere Düngemittelindustrie und unsere Landwirte zu schützen.“

Die Abhängigkeit von Einfuhren aus Russland und Belarus verringern

Die von den neuen Zöllen betroffenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse machen 15 Prozent der landwirtschaftlichen Einfuhren aus Russland im Jahr 2023 aus, für die bisher keine erhöhten Zölle galten. Nach der Verabschiedung durch den Rat würden alle Agrareinfuhren aus Russland Gegenstand von EU-Zöllen sein. Ziel des Vorschlags ist es,

die Abhängigkeit von Einfuhren aus Russland und Belarus zu verringern. Solche Einfuhren, insbesondere von Düngemitteln, machen die EU anfällig für mögliche Zwangsmaßnahmen Russlands und stellen somit ein Risiko für die Ernährungssicherheit der EU dar.

Gleichzeitig werden die Zölle das Wachstum der heimischen Produktion und der Düngemittelindustrie der EU fördern, die unter der Energiekrise gelitten hat. Sie werden auch die Diversifizierung der Versorgung aus Drittländern ermöglichen. Dies wird dazu beitragen, die Versorgung mit Düngemitteln zu sichern und vor allem dafür sorgen, dass die Landwirte in der EU weiterhin Düngemittel zu einem erschwinglichen Preis erhalten. Der Vorschlag enthält Ausgleichsmaßnahmen für den Fall, dass die Landwirte in der EU einen erheblichen Anstieg der Düngemittelpreise erleben.

Es wird erwartet, dass sich die Zölle negativ auf die russischen Exporteinnahmen auswirken und damit die Fähigkeit Russlands beeinträchtigen werden, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu führen.

Russische Agrar- und Düngemittelausfuhren in Drittländer bleiben unberührt

Die Durchfuhr sämtlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus in Drittländer bleibt von diesen Maßnahmen unberührt. Dies steht im Einklang mit der Verpflichtung der EU, die Ernährungssicherheit weltweit und insbesondere für Entwicklungsländer zu fördern. Das bedeutet, dass der An- und Verkauf russischer Agrarerzeugnisse ebenso unverändert bleibt wie die Lagerung in EU-Zolllagern, der Transport auf EU-Schiffen oder die Erbringung von Versicherungs- und Finanzierungsdienstleistungen.

Nächste Schritte

Der Vorschlag der Kommission wird nun vom Europäischen Parlament und vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf der Rechtsgrundlage der gemeinsamen Handelspolitik (Artikel 207 AEUV) geprüft.

[Höhere Zölle auf Agrarzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus - Europäische Kommission](#)

EU verlängert nach ungarischer Verzögerung Russland-Sanktionen einstimmig

Die Europäische Union hat am 27. Januar ihre weitreichenden Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges in der Ukraine verlängert, nachdem Ungarn den Schritt im Gegenzug für eine Erklärung zur Energiesicherheit nicht länger aufgehalten hat. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. „Europa liefert: Die EU-Außenminister haben gerade beschlossen, die Sanktionen gegen Russland erneut zu verlängern“, postete Kaja Kallas, die Chefin der Außenpolitik der Union, in den sozialen Medien. „Dadurch werden Moskau weiterhin Einnahmen zur Finanzierung seines Krieges entzogen“, fügte sie hinzu. „Russland muss für den von ihm verursachten Schaden aufkommen.“

Beamte aus anderen EU-Ländern hatten davor gewarnt, dass eine Nichtverlängerung der Sanktionen vor dem 31. Januar Konsequenzen haben würde, wie zum Beispiel die Freigabe russischer Vermögenswerte in Europa, die zur Unterstützung Kiews verwendet werden.

Zu den zu verlängernden Sanktionen gehören alle sektoralen Handelsverbote sowie Maßnahmen, die die Vermögenswerte der russischen Zentralbank immobilisieren. Rechtlich gesehen müssen die 27 EU-Länder alle sechs Monate einstimmig für die Verlängerung dieser Beschränkungen stimmen.

Die Gewinne aus den eingefrorenen Vermögenswerten werden zur Finanzierung eines von der G7 unterstützten Darlehens in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar an die Ukraine verwendet. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, der enge Beziehungen zu Moskau unterhält, hatte vor einer Entscheidung über die Verlängerung zunächst Konsultationen mit der Trump-Regierung der USA gefordert. Er sagte auch, es sei Zeit für eine „sanktionsfreie“ Beziehung zu Russland.

[EU renews Russia sanctions after Hungarian delay | Reuters](#)

EU erhöht Druck auf Kasachstan

Am 30. Januar reiste David O'Sullivan, der Sondergesandte der Europäischen Union für Sanktionen, zum vierten Mal nach Kasachstan. Dies berichtet die Times of Central Asia. O'Sullivan erläuterte in einer Pressekonferenz in Astana demnach das bevorstehende, neue EU-Sanktionspaket und warnt vor einer Listung weiterer kasachischer Unternehmen, die Russland bei der Umgehung von Sanktionen unterstützen. Bislang sind seit 2024 zwei kasachische Unternehmen auf EU-Sanktionslisten verzeichnet.

„Wir arbeiten derzeit an der Vorbereitung eines neuen, 16. Sanktionspakets. Es ist möglich, dass kasachische Unternehmen auf die Liste gesetzt werden, aber es wurde noch keine Entscheidung getroffen. Wir führen eine detaillierte Analyse der Unternehmen durch, untersuchen ihre Handelsbeziehungen und überprüfen die Waren, mit denen sie zuvor gehandelt haben“, erklärte O'Sullivan.

Der EU-Sanktionsbeauftragte bekräftigte, dass die EU mit einem gegenseitigen Handelsumsatz von fast 40 Milliarden Euro pro Jahr nach wie vor einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Kasachstans ist. 38 Prozent der Exporte Kasachstans gehen in die EU, und 55 Milliarden Euro an ausländischen Direktinvestitionen stammen aus der EU.

O'Sullivan betonte, dass die EU die Position Kasachstans zu Sanktionen voll und ganz respektiere, forderte die Behörden jedoch auf, strenge Maßnahmen gegen Drittunternehmen zu ergreifen, die die Handelskanäle des Landes nutzen. „Wir haben Bedenken, dass skrupellose Akteure versuchen könnten, Kasachstan als Plattform zu nutzen, um unsere Sanktionen zu umgehen“, warnte O'Sullivan und verwies auf die Einfuhr von High-Tech-Gütern wie Mikrochips, Sensoren und Schaltkreisen, die in russischen Drohnen, Raketen und Artilleriegeschossen gefunden wurden.

O'Sullivan wies darauf hin, dass diese Waren, die in einer offenen „gemeinsamen Liste mit hoher Priorität“ von 50 Codes aufgeführt sind, nicht in Kasachstan hergestellt werden, sondern angeblich von EU- und G7-Ländern über kasachische Zwischenhändler reexportiert werden. Obwohl sie weniger als ein Prozent des gesamten Handelsvolumens Kasachstans ausmachen, betonte O'Sullivan, dass es sich dabei um „tödliche Produkte handelt, die unschuldige ukrainische Zivilisten töten“.

[EU Sanctions Envoy's Kazakh Visit Signals Rising Stakes - The Times Of Central Asia](#)

Sanktionen gegen Schattenflotte zeigen offenbar Wirkung

EU, USA und Großbritannien haben zuletzt ihre Sanktionen gegen die so genannte russische Schattenflotte ausgeweitet und hunderte Schiffe sanktioniert. Diese Maßnahmen zeigen nach Einschätzung von Business Insider offenbar Wirkung. Da sie aus immer mehr Registern gestrichen werden, seien russische Schattentanker gezwungen, häufig die Flagge zu wechseln. Das ist eine Praxis, die als „Flagghopping“ bekannt ist, erläuterte laut Business Insider Ami Daniel, CEO des maritimen AI-Unternehmens Windward.

Russland nutze die Taktik, um die seit Dezember 2022 geltende Preisobergrenze der G7 für sein Öl von 60 US-Dollar pro Barrel (etwa 58,03 Euro pro etwa 159 Liter) zu umgehen. Zu den bevorzugten Flaggen der Schiffe der Schattenflotte gehören Panama, Liberia, die Marshallinseln und Malta. „Das ist ein Spiel“, sagte Daniel. Die Schiffe der russischen Schattenflotte werden „auf jede beliebige Flagge ausweichen, die sie aufnimmt“. Einige der russischen Schiffe, die zuvor in Barbados registriert waren, haben bereits die Flagge von Tansania und São Tomé und Príncipe gewechselt, um den Sanktionen zu entgehen, so die Equasis-Marinedatenbank.

Nichtsdestotrotz hätten sich die jüngsten Sanktionen als „sehr effektiv“ erwiesen, um die Schiffe der Schattenflotte aus dem kommerziellen Betrieb zu drängen, betonte Benjamin Hilgenstock, ein leitender Wirtschaftswissenschaftler an der Kiew School of Economics, gegenüber Business Insider. „Die Käufer des Öls, die an den Transaktionen beteiligten Banken und die Hafenbehörden befürchten, selbst von Sanktionen betroffen zu sein, wenn sie mit den gelisteten Tankern oder ihrer Ladung zu tun haben.“

Nach Angaben der Kiew School of Economics sind die russischen Ölexporteinnahmen im November angesichts der Gegenmaßnahmen der USA, des Vereinigten Königreichs und der EU um 1,1 Milliarden US-Dollar (circa 1,06 Milliarden Euro) auf 14,6 Milliarden US-Dollar (etwa 14,1 Milliarden Euro) gesunken.

[Russlands "Schattenflotte" unter Sanktionsdruck: Darum wechseln sie die Flagge - Business Insider](#)

Gastransit via Turkstream auf Rekordniveau

Laut Daten des Europäischen Netzes der Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSOG) die Euractiv auswertete, stieg die Versorgung mit russischem Gas über die bulgarische Pipeline im Jahresvergleich um 26,7 Prozent und erreicht damit einen historischen Rekordwert.

Die Pipeline, die russisches Gas durch Bulgarien transportiert, wurde während der dritten Amtszeit des langjährigen Ministerpräsidenten Boiko Borissow gebaut. In der Türkei wird sie TurkStream genannt, in Bulgarien trägt sie den Namen BalkanStream. Der bulgarische Abschnitt der Pipeline, der am 1. Januar 2021 in Betrieb genommen wurde, kostete 2,15 Milliarden Lewa (1,1 Milliarden Euro).

Die Pipeline durch Bulgarien mit einer Kapazität von 15,75 Milliarden Kubikmetern ist derzeit die einzige aktive Route für russisches Gas nach Europa. Sie transportiert Gas nach Serbien, Rumänien, Griechenland, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie nach Ungarn. Nach der Einstellung des Gastransits über die Ukraine am 1. Januar nahmen die Gasmengen zu. Obwohl Bulgarien selbst kein russisches Gas für den Eigenbedarf kauft, erzielt das Land erhebliche Einnahmen aus dem Transitgebühren.

[Russischer Gastransit durch Bulgarien auf Rekordhoch – Euractiv DE](#)

4. Russland

Unternehmensverkäufe von Ausländern in Russland verringern sich 2024 auf ein Drittel

Laut einem Bericht der Agentur AK&M sich das Gesamtvolume der Transaktionen für den Ausstieg von Ausländern aus russischen Vermögenswerten im Jahr 2024 auf 3,38 Milliarden Dollar gegenüber 11,14 Milliarden Dollar im Jahr 2023. Auch die Zahl der Transaktionen ist zurückgegangen - von 97 auf 58, schätzen die Analysten. Auf Unternehmen aus Frankreich entfielen demnach neun Verkäufe, auf Deutschland acht, die USA sieben, auf Großbritannien und Österreich je vier und auf Japan, Schweden und China je drei. Der Gesamtwert der Fusionen und Übernahmen (Geschäfte ab 1 Million Dollar wurden berücksichtigt) auf dem russischen Fusions- und Übernahmemarkt betrug 54,3 Milliarden Dollar gegenüber 50,7 Milliarden Dollar im Vorjahr. Die Zahl der Transaktionen ging jedoch von 536 auf 499 zurück, wie AK&M errechnete.

Das Volumen und die Zahl der Transaktionen zum Kauf russischer Vermögenswerte von Ausländern sei damit im zweiten Jahr in Folge gesunken. Zu den Hauptfaktoren gehören ein Rückgang der zum Verkauf stehenden Unternehmen nach dem massenhaften Abzug nach dem Beginn der russischen Militäraktion gegen die Ukraine im Februar 2022 und eine Reihe von Verschärfungen der Bedingungen für ausländische Investoren, die Russland verlassen wollen. Die letzte Verschärfung erfolgte im Oktober 2024, als ein Unterausschuss der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen die Höhe des Ausstiegsbeitrags von 15 auf 35 Prozent erhöhte und auch den Abschlag, zu dem Unternehmen von ausscheidenden Ausländern aufgekauft werden können, von 50 Prozent auf 60 Prozent erhöhte.

Im Jahr 2025, zumindest in der ersten Jahreshälfte, wird die Zahl der Transaktionen weiter zurückgehen, da die neuen strenger Bedingungen erst Ende des Jahres vereinbart wurden, sagt Leonid Nikitin, Leiter von Blaze Consulting, laut RBK. „Darüber hinaus ist ein zweiter Faktor hinzugekommen: Ausländische Vermögenswerte werden nun unter eine vorübergehende Verwaltung gestellt, ohne dass es zu einer rechtlichen Enteignung kommt, sondern mit einer tatsächlichen Entfremdung der ehemaligen Eigentümer von der Verwaltung und Nutzung. Dadurch werden jegliche Transaktionen mit diesen Vermögenswerten unmöglich“, heißt es im A&M-Bericht.

Im März 2024 verabschiedete die Regierung eine [Liste](#) wirtschaftlich wichtiger Organisationen (EEO), für die es ein Verfahren zur „Verlagerung“ nach Russland durch „Aussetzung der Ausübung von Unternehmensrechten durch eine ausländische Holdinggesellschaft“ gibt. Die zuständigen Ministerien können beim Schiedsgericht einen Antrag auf Aussetzung der Rechte von Ausländern in dem Unternehmen stellen, und wenn einem solchen Antrag stattgegeben wird, verlieren Gebietsfremde das Recht, an Aktionärsversammlungen teilzunehmen, Dividenden zu erhalten und über Aktien und Anteile an EBOs zu verfügen.

Ein weiterer Faktor für den Rückgang ausländischer Abwanderungsgeschäfte ist das Fehlen solcher Absichten bei denjenigen, die in Russland geblieben sind, um dort zu arbeiten. „Viele ausländische Unternehmen, die noch in Russland verbleiben, planen nicht, den Markt zu verlassen, und tun dies nur unter starkem Druck ihrer eigenen Behörden“, heißt es im AK&M-Bericht

Ein weiterer Faktor für die Verlangsamung des Fusions- und Übernahmemarktes ist der hohe Leitzins der russischen Zentralbank, er stieg von 16 auf 21 Prozent 2024, da eine große Anzahl von Geschäften eine Fremdfinanzierung beinhaltete, so Nunuparov weiter. „Es ist auch erwähnenswert, dass die Bereitschaft der Banken, Kredite für Fusionen und Übernahmen zu vergeben, aufgrund der Verschärfung der Kapitalquoten für Banken gesunken ist.“

[Объем сделок с уходящими из России иностранцами сократился втрое — РБК](#)

Rekord bei LNG-Exporten aus Russland

Russland hat im vergangenen Jahr mehr Flüssiggas exportiert als im Rekordjahr 2022. Der französische Branchendienst Kpler beziffert das Gesamtvolumen auf 33,6 Millionen Tonnen, nach 32,3 Millionen Tonnen im Jahr zuvor und 32,9 Mio. t. 2022. Stärkster Monat war demnach der Dezember mit 3,25 Mio. t, was ebenfalls ein neuer Rekord ist. Die bis dato meisten russischen LNG-Exporte innerhalb eines Kalendermonats hatte Kpler im Dezember 2023 mit 3,21 Mio. t verzeichnet. Größter Abnehmer war die EU mit 17,4 Mio. t LNG. Sie nahm Russland im vergangenen Jahr 52 Prozent seiner LNG-Exporte ab. 2023 betrug der Anteil 48 Prozent. Die nächstgrößten Abnehmer waren China mit 7 Mio. t und Japan mit 5,7 Mio. t. / RBC (RU)

[Экспорт СПГ из России в 2024 году достиг рекорда — РБК](#)

Sanktionsdruck gegen ukrainische Staatsbürger in den besetzten Gebieten

Seit dem 1. Januar 2025 hat der Druck des russischen Staates auf ukrainische Staatsbürger in den besetzten Gebieten nochmals zugenommen. Der Tagesspiegel spricht unter Hinweis auf ukrainische Analysen von einem „Pass-Terror“: Wer sich weigere, die Staatsangehörigkeit Russlands anzunehmen, dem drohe nun unter anderem die Konfiszierung des Eigentums.

Den Ukrainern, die auch auf dem Papier weiter Ukrainer bleiben wollten, werde zudem der Zugang zu Renten und Sozialleistungen verwehrt. Auch Beschäftigungsmöglichkeiten seien stark eingeschränkt. Die russischen Besatzer führten ein Register mit Namen der widerständigen Ukrainer; sogenannte Nicht-Staatsbürger können auf Beschluss der selbst ernannten Behörden aus ihrer Heimat deportiert werden.

Ukrainische Menschenrechtler gehen laut Tagesspiegel davon aus, dass viele auch festgenommen und in spezielle Zentren für Ausländer in Russland gebracht werden. Dort bleiben sie demnach, bis die Entscheidung über ihre Abschiebung getroffen wurde. Langfristig wolle Kremlchef Wladimir Putin alle Bewohner der besetzten Gebiete zu russischen Staatsbürgern machen.

Anti-Sanktionsallianz von Russland mit dem Iran

Mitte Januar haben Russlands Präsident Wladimir Putin und sein iranischer Amtskollege Massud Peseschkian in Moskau einen Vertrag über eine „allumfassende strategische Partnerschaft“ unterzeichnet. Darin versichern beide Seiten, sich den Sanktionen Dritter gegen einen der Partner nicht anzuschließen und sich bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen gegenseitig zu helfen. Russland und der Iran gehören mit Nordkorea zu den Ländern, die weltweit am stärksten sanktioniert sind. Der Iran ist bereits auf russische Initiative hin Mitglied der Gruppe der BRICS-Staaten geworden, zudem soll in Kürze ein Freihandelsabkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion und dem Iran ratifiziert werden. Bis Mitte 2025 planen Russland und Iran die Integration ihrer nationalen Bezahlsysteme. Nach russischen Angaben belief sich das bilaterale Handelsvolumen mit dem Iran im Jahr 2023 nur auf vier Milliarden Dollar. Beide Seiten erhoffen sich durch die jüngsten Vereinbarungen eine deutliche Steigerung.

Klagen russischer Milliardäre gegen Sanktionen haben gute Erfolgssichten

Einen Beweis für den Sinn unabhängiger Gerichte und eines funktionierenden Rechtsstaates hat jetzt ausgerechnet ein russischer Fernsehsender erbracht: Fast jede zweite Klage russischer Milliardäre vor westlichen Gerichten gegen Sanktionen sei demnach erfolgreich gewesen. Dies hat nach eigenen Angaben der russische Fernsehkanal RTVI ermittelt. Der Sender fand 88 Fälle, in denen sich russische Unternehmer und ihre Familienangehörigen vor Gericht gegen die Sanktionen wehrten, die westliche Länder seit 2022 gegen sie erlassen hatten. In der EU gingen 48 Fälle in die Untersuchung ein, von denen 18 für die Russen erfolgreich ausgingen. In 27 Fällen verloren sie, drei Verfahren laufen noch.

Noch besser seien die Erfolgssichten offenbar in Kanada, wo 9 Klagen erfolgreich waren, sieben scheiterten und zwei noch offen sind. Auch in den USA, Australien und Großbritannien siegten meist die Kläger. In den USA gab es nach Angaben des Senders bisher sechs Sanktionsaufhebungen und zwei Niederlagen, in Australien fünf Siege und zwei Verfahren seien noch offen. In Großbritannien wurden in vier Fällen die Sanktionen aufgehoben, die weiteren drei Kläger verloren. Insgesamt stehen in den angelsächsischen Ländern nach Berechnungen des Senders somit 24 erfolgreichen Klagen gegen die Sanktionen nur 12 Niederlagen gegenüber.

[Каждое второе решение — положительное: как российские миллиардеры и их семьи избавляются от западных санкций](#)

China und Indien statt EU – wie sich Russlands Außenhandel verändert hat

Drei Jahre liegt der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine nun zurück. Seitdem haben sich die russischen Handelsbeziehungen fundamental verändert, wie die Deutsche Welle (DW) analysiert. Nach Angaben des Observatory of Economic Complexity (OEC) gingen 2021 noch fast die Hälfte der russischen Exporte in europäische Länder, einschließlich Belarus und der Ukraine. Der Großteil dieser Exporte waren Energieprodukte, vor allem Rohöl und Gas. Ende 2023, weniger als zwei Jahre nach Beginn des Ukraine-Kriegs, hatte sich das Bild bereits völlig gewandelt. Die vor kurzem veröffentlichten Zahlen des OEC zeigen, dass China und Indien mit fast der Hälfte der Gesamtausfuhren die wichtigsten Exportmärkte Russlands geworden sind. Indien machte demnach rund 33 und China rund 17 Prozent aus. Vor dem Angriff auf die Ukraine im Jahr 2021 entfielen auf China knapp 15 und auf Indien weniger als zwei Prozent der russischen Exporte. Waren aus den europäischen Ländern machten 2023 laut den Daten nur noch 15 Prozent der russischen Importe aus, zwei Jahre zuvor waren es noch fast 50 Prozent.

Während das OEC noch keine Daten für 2024 anbietet, lassen Zahlen aus anderen Quellen, etwa vom Russian Foreign Trade Tracker der Denkfabrik Bruegel, darauf schließen, dass sich an die Verhältnissen gegenüber 2023 nicht viel verändert hat. Die gemachten Angaben beziehen sich auf offizielle Angaben.

Nach Angaben der Kyiv School of Economics werden mindestens 70 Prozent der gesamten russischen Rohölexporte auf dem Seeweg mit den meist in die Jahre gekommenen und unversicherten Schiffen der Schattenflotte abgewickelt, wobei Indien, China und die Türkei bis zu 95 Prozent dieser Ware abnehmen. EU-Importe von russischem Rohöl sind um 90 Prozent zurückgegangen. Auch beim Gas tritt die EU auf die Bremse: Waren es 2021 noch 40 Prozent des Gesamtbedarfs, der aus Russland kam, lag dieser Wert drei Jahre später bei nur noch 15 Prozent. Den OEC-Zahlen zufolge stiegen die russischen Exporte in die Türkei von 4,2 Prozent (2021) auf 7,9 Prozent (2023), während Kasachstan und Ungarn - beides Kreml-freundliche Länder - seit 2021 eine moderate Zunahme verzeichnen.

Am meisten hat sich für Russland wohl in der Beziehung zu China verändert - sowohl im Handel als auch geopolitisch. „Russland ist jetzt Chinas Vasall“, sagt Elina Ribakova, Wirtschaftswissenschaftlerin am Peterson Institute for International Economics in Washington D.C., im DW-Gespräch. Ribakova geht davon aus, dass China nicht nur seine eigenen Produkte an Russland verkauft, sondern auch dabei hilft, die Lieferung von westlichen Gütern an Moskau zu erleichtern. Sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können, seien besonders häufig. Denn auch die Exporte von China nach Russland sind gestiegen. Laut OEC-Daten lieferte China im Jahr 2023 mehr als die Hälfte aller nach Russland importierten Waren. Das ist doppelt so viel wie noch im Jahr 2021. Chinas Waren ersetzen weitestgehend die russischen Importe aus der EU. Im Jahr 2023 exportierte China Waren im Wert von umgerechnet knapp 105 Milliarden Euro. Maschinen und Komponententeile machten dabei rund 40 Prozent aus. Gut 20 Prozent entfielen auf den Transportsektor, wie Autos, Lastwagen, Traktoren und Autoteile. Hinzu kommen Metalle, Kunststoffe, Kautschuk, chemische Erzeugnisse und Textilien.

[Wer Russland bei der Umgehung der Sanktionen hilft – DW – 21.02.2025](#)

5. USA

Sanktionen gegen russische Computerpiraten

Das Amt für Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) des Finanzministeriums, das australische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel und das britische Ministerium für Commonwealth-Fragen und Entwicklung haben am 11. Februar gemeinsam Zservers, einen in Russland ansässigen Anbieter von Bulletproof Hosting (BPH)-Diensten, wegen seiner Rolle bei der Unterstützung von LockBit-Ransomware-Angriffen sanktioniert.

LockBit, eine in Russland ansässige Ransomware-Gruppe, die vor allem für ihre gleichnamige Ransomware-Variante bekannt ist, ist eine der am häufigsten eingesetzten Ransomware-Varianten und war für den Angriff auf den US-amerikanischen Broker-Dealer Industrial Commercial Bank of China im November 2023 verantwortlich. BPH-Dienstleister verkaufen den Zugang zu spezialisierten Servern und anderer Computerinfrastruktur, die so konzipiert ist, dass sie der Entdeckung entgeht und den Versuchen der Strafverfolgungsbehörden, die bösartigen Aktivitäten zu unterbinden, trotzt. Das OFAC sanktionierte zudem zwei russische Staatsbürger, die wichtige Administratoren von ZServern sind und Ransomware-Angriffe und andere kriminelle Aktivitäten ermöglicht haben.

[United States, Australia, and the United Kingdom Jointly Sanction Key Infrastructure that Enables Ransomware Attacks | U.S. Department of the Treasury](#)

Streit um eingefrorene Milliarden

Das US-Justizministerium blockiert zwei Milliarden US-Dollar aus Russland, die auf Konten der US-Bank JPMorgan liegen. Das Geld wurde eingefroren, weil Ermittler des Justizministeriums vermuten, dass Russland den Bau eines Atomkraftwerks in der Türkei dazu benutzt, um US-Sanktionen zu umgehen. Laut Informationen des Wall-Street-Journal hat Russland der Türkei eine Finanzierungshilfe von mehr als fünf Milliarden Dollar für den Bau des Kernkraftwerks überwiesen. Zwei Milliarden Dollar der russischen Gelder seien auf Konten von JPMorgan eingefroren worden, nachdem die US-Regierung einige der Überweisungen gestoppt hatte. 2024 hätten US-Staatsanwälte Versuche unternommen, das Geld zu beschlagnahmen – Begründung: Es handele sich um Erlöse aus Sanktionsumgehung, Geldwäsche und Bankbetrug. Die Regierung Biden hatte das Justizministerium allerdings daran gehindert, das Geld zu beschlagnahmen, weil sie befürchtete, die verbündete Türkei zu verärgern. Der designierte US-Präsident Donald Trump stehe jetzt vor der Aufgabe, zu entscheiden, ob das Verfahren neu aufgerollt werde.

Wenige Monate nach dem Einmarsch in die Ukraine schickte Russland eine Reihe von umfangreichen Zahlungen an die Türkei. In kürzester Zeit überwies es mehr als fünf Milliarden Dollar mit dem Versprechen, dass noch mehr folgen würde. Nach außen hin sollte das Geld für das erste türkische Atomkraftwerk verwendet werden. Seit

Jahrzehnten geplant und vom russischen Staatschef Wladimir Putin und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan unterstützt, wurde es von Russlands staatlichem Atomkonzern gebaut und finanziert. Die USA vermuten aber, dass Russland den Bau des AKW als Vorwand nutzte, um in der Türkei eine Dollar-Reserve aufzubauen, die für Sanktionsumgehungsgeschäfte genutzt werden sollte. Die türkische Regierung sprach russischen Medien gegenüber von Fehlinformationen und lehnte einen weiteren Kommentar ab.

[Russische Gelder: 2 Milliarden US-Dollar hängen bei JPMorgan fest - Business Insider Exclusive | Moscow Has \\$2 Billion Stuck at JPMorgan. The U.S. Isn't Sure What to Do With It. - WSJ](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Weitere Sanktionen aus Anlass des dritten Jahrestags des Kriegsbeginns

Die australische Regierung hat nach eigenen Angaben das größte Sanktionspaket gegen Russland seit Beginn des umfassenden Krieges vor drei Jahren beschlossen. Die neuen restriktiven Maßnahmen richten sich gegen 70 Einzelpersonen und 79 Organisationen, die politischen und wirtschaftlichen Druck auf Moskau ausüben wollen.

Die Sanktionen verhängen finanzielle Beschränkungen und Reiseverbote für Ziele im russischen Verteidigungssektor, im Transportwesen, in der Finanzindustrie und für diejenigen, die an der Verbreitung von Desinformationen beteiligt sind, um die Ukraine und andere Regierungen zu untergraben, so das australische Außenministerium. Sie richten sich insbesondere gegen Personen, die die illegalen Regierungen Russlands in der Ostukraine und auf der Halbinsel Krim unterstützen.

Dazu gehören sogenannte Minister, Richter, Staatsanwälte und Personen, die für kriegsbedingte sexuelle Gewalt und die Zwangsdeportation ukrainischer Kinder verantwortlich sind. Für Letzteres wird der Kreml-Herrscher Wladimir Putin wegen Kriegsverbrechen gesucht. Darüber hinaus richten sich die Beschränkungen gegen diejenigen, die an der Stärkung der militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und Nordkorea beteiligt sind, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz nordkoreanischer Truppen auf dem Schlachtfeld.

Bislang hat Australien als Reaktion auf die groß angelegte Invasion Russlands in der Ukraine mehr als 1.400 Sanktionen verhängt. Darüber hinaus hat das Land mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern bereitgestellt.

Das neueste Hilfspaket wurde am 24. Februar verabschiedet, dem dritten Jahrestag der groß angelegten Invasion Russlands in der Ukraine.

[Newest Australian sanctions package against Russia is largest](#)

Großbritannien

Umfassendes neues Sanktionspaket zum dritten Jahrestag des russischen Krieges

Zum dritten Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine hat auch Großbritannien ein neues Sanktionspaket vorgelegt, das über 100 neue Sanktionen vorsieht, darunter sind auch ausländische Finanzinstitute, die sich an Saktionsumgehungen beteiligt haben.

Nach Angaben des britischen Finanzministeriums zielt das Paket auf die Lieferketten des russischen Militärs, die Einnahmen, die den russischen Krieg finanzieren, und Oligarchen, die die Gewinne für den Kreml steigerten. Die Sanktionen zielen zudem auf die Militärmaschinerie Russlands, auf Einrichtungen in Drittländern, die sie unterstützen, und auf die fragilen Versorgungsnetze, auf die sie angewiesen ist, ab.

Hier die Angaben der britischen Behörden zum neuen Sanktionspaket:

- Hersteller und Lieferanten von Werkzeugmaschinen, Elektronik und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für das russische Militär, einschließlich Mikroprozessoren, die in Waffensystemen verwendet werden. Diese haben ihren Sitz in einer Reihe von Drittländern, darunter zentralasiatische Staaten, die Türkei, Thailand, Indien und China, das der größte Lieferant kritischer Güter für das russische Militär ist
- Der nordkoreanische Verteidigungsminister No Kwang Chol und andere nordkoreanische Generäle und hochrangige Beamte sind an der Entsendung von über 11.000 Streitkräften der DVRK nach Russland beteiligt. Putin benutzt die Streitkräfte der DVRK als Kanonenfutter; die DVRK hat über 4.000 Opfer zu beklagen
- 13 russische Ziele, darunter LLC Grant-Trade, dessen Eigentümer Marat Mustafaev und seine Schwester Dinara Mustafaeva, die das Unternehmen genutzt haben, um fortschrittliche europäische Technologie nach Russland zu schleusen und den illegalen Krieg zu unterstützen
- Zum ersten Mal nutzen wir auch neue Befugnisse, um ausländische Finanzinstitute ins Visier zu nehmen, die die russische Kriegsmaschinerie unterstützen. Wir verhängen Sanktionen gegen die in Kirgisistan ansässige OJSC Keremet Bank und unterbinden damit die Nutzung des internationalen Finanzsystems durch Russland zur Unterstützung seiner Kriegsanstrengungen.

Außenminister David Lammy sprach vom „größten Sanktionspaket gegen Russland seit den ersten Tagen des Krieges „Die ist ein entscheidender Moment in der Geschichte der Ukraine, Großbritanniens und ganz Europas ... jetzt ist es für Europa an der Zeit, seine Unterstützung für die Ukraine zu verdoppeln“, führte Lammy weiter aus. Besonders vor dem Hintergrund, dass US-Präsident Donald Trump durch sein jüngstes Vorpreschen bei den Ukraine-Verhandlungen, möchte Großbritannien offenbar noch ein Zeichen setzen, kommentierte der Merkur die neuen Maßnahmen. Die USA hatten die Friedensgespräche mit Russland bisher ohne die Europäer und der Ukraine geführt. In seiner Erklärung

bekräftigte Lammy die militärische Unterstützung Großbritanniens. Dazu gehört die Zusage, Kiew jährlich drei Milliarden Pfund (3,78 Milliarden Dollar) bereitzustellen und „bereit und willens zu sein, britische Truppen als Teil der Friedenstruppen bereitzustellen, falls nötig“.

[UK announces largest sanctions package against Russia since 2022 - GOV.UK](#)

[Großbritannien verhängt bisher umfangreichstes Sanktionspaket gegen Russland und globale Zulieferer Von Investing.com](#)

[UK to announce new sanctions on Russia – DW – 02/23/2025](#)

[Zum Jahrestag des Ukraine-Kriegs: „Größte“ Sanktionen gegen Russlands Wirtschaft](#)

New Listungen zum Todestag Alexey Nawalnys

Fast ein Jahr nach dem Tod von Alexej Nawalny hat Großbritannien am 14. Februar neue Sanktionen gegen Personen mit Verbindungen zu Putins innerem Kreis verhängt. Die Sanktionen richten sich gegen hochrangige Persönlichkeiten, die in der russischen Regierung tätig sind, darunter Pawel Fradkow, ein russischer Verteidigungsminister, und Wladimir Selin, der einen Teil des russischen Verteidigungsministeriums leitet. Sie zielen auch auf Artem Chaika ab, dessen Rohstoffunternehmen russische Staatsunternehmen unterstützt.

Alle drei dieser Ziele stünden auch auf der „[Navalny 50](#)“-Liste zur Korruptionsbekämpfung.

Das Vereinigte Königreich verhängte zudem Sanktionen gegen zwei Unternehmen, die mit dem russischen Atomenergiesen Rosatom verbunden sind und die militärischen Aktivitäten Russlands auf dem Schlachtfeld in der Ukraine unterstützen.

[UK targets Putin's inner circle with new sanctions - GOV.UK](#)

Ukraine

Maßnahmen gegen Ex-Präsident Poroschenko

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine hat Sanktionen gegen den früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko beschlossen. Die Maßnahmen, die nach der Unterzeichnung eines Erlasses durch Präsident Wolodymyr Selenskyj sofort in Kraft getreten sind, sehen unter anderem die Blockade aller wirtschaftlichen Aktiva Poroschenkos vor; ihm wird der Transfer von Kapital ins Ausland und die Teilnahme an Privatisierungen verboten. Zudem werden Poroschenko alle staatlichen Auszeichnungen aberkannt. Selenskyj hatte die Sanktionen – noch ohne Nennung der Namen Betroffener in einer Videoansprache angekündigt: „Milliarden, die faktisch mit dem Verkauf der Ukraine verdient wurden, der ukrainischen Interessen und Sicherheit, müssen blockiert werden und zur Verteidigung der Ukraine und der Ukrainer arbeiten.“

Poroschenko, der Parlamentsabgeordneter ist, bezeichnete die Entscheidung als verfassungswidrig und politisch motiviert. Sie seien ein „kolossaler Schlag gegen die innere Einheit“ der Ukraine. Er sei besorgt, dass „die demonstrative Säuberung des politischen Feldes“ sich negativ auf die europäische Integration der Ukraine auswirke.

Der Konflikt zwischen Selenskyj und Poroschenko reicht noch in die Zeit vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine zurück. Es gab mehrere Ermittlungsverfahren gegen den westlich orientierten Poroschenko.

Daneben schloss Selenskyj unter anderem mehrere als moskaufreundlich geltende Fernsehsender und Nachrichtenwebseiten.

[Ukraine: Selenskyj verhängt Sanktionen gegen Poroschenko – Tumulte](#)

7. Blick über den Tellerrand

EU hebt umfassende Energie- und Transportsanktionen gegen Syrien auf

Strategiewechsel der EU gegenüber Syrien: Am 24. Februar beschlossen die EU-Außenminister, eine Reihe weitreichender Sanktionen gegen Syrien auszusetzen, um die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau des Landes nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg zu unterstützen. Dies berichtet Euronews.

Der Rat beschloss, fünf Finanzunternehmen (Industrial Bank, Popular Credit Bank, Saving Bank, Agricultural Cooperative Bank und Syrian Arab Airlines) von der Liste der Unternehmen zu streichen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden, und die Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen für die syrische Zentralbank zuzulassen.

Die EU hat außerdem sektorale Maßnahmen in den Bereichen Öl, Gas, Strom und Transport ausgesetzt und Ausnahmen vom Verbot von Bankbeziehungen zwischen syrischen Banken und Finanzinstituten in der EU eingeführt, um Transaktionen für humanitäre Zwecke und den Wiederaufbau sowie für den Energie- und Transportsektor zu erleichtern.

Die EU wird die Lage im Land beobachten, um sicherzustellen, dass die Aussetzungen angemessen bleiben. Kaja Kallas, der oberste Diplomat der EU, betonte, dass „wir auch bereit sind, die Sanktionen wieder in Kraft zu setzen, wenn nicht alles gut läuft“.

[EU lifts sweeping energy, transport sanctions on Syria | Euronews](#)

8. Termine

**27. Februar 2025 Online-Briefing der Bundesregierung zum 16. Sanktionspaket,
10:00 – 11:00 Uhr**

An diesem Donnerstag, 27.02., laden die zuständigen Bundesministerien von 10:00-11:00 Uhr wieder zu einer Online-Informationsveranstaltung (Webex) für Unternehmen und Verbände zu den neuesten Sanktionspaketen zu Russland und Belarus ein. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit Fragen zu stellen, Rechtberatung wird allerdings nicht angeboten.

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 26. Februar, 15 Uhr, bei: 410-s@auswaertiges-amt.de. Anschließend erhalten Sie den Webex-Link.

11./12. März 2025 Kostenloser Workshop zu Sanktions-Compliance, Frankfurt

Das Außenministerium der Vereinigten Staaten (U.S. Department of State) veranstaltet in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz am 11. und 12. März 2025 in Frankfurt am Main einen Workshop für Unternehmen und Verbände zu Sanktions-Compliance. Das Bundeswirtschaftsministerium hat uns gebeten, die Einladung an Ost-Ausschuss-Mitglieder und die Bezieher des Ost-Ausschuss-Updates Sanktionen weiterzuleiten. Der zweitägige Workshop ist kostenlos. Die Veranstaltung wird in englischer und deutscher Sprache durchgeführt.

Interaktive Sitzungen umfassen Diskussionen über Compliance-Strategien, Warnsignale für Sanktionsumgehungen und bewährte Verfahren zur Risikominderung. Die Teilnehmenden werden Fallstudien durchgehen, die reale Taktiken zur Umgehung von Sanktionen veranschaulichen. Ziel ist es, das Verständnis der US- und EU-Sanktionen und die Compliance in Unternehmen zu verbessern.

Anmeldeschluss ist der 3. März.

Für direkte Rückfragen zur Veranstaltung, zur Agenda und zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an: Lisa Josephine Zermann, Lisa.Zermann@bmwk.bund.de

9. Tipps & Links

Die Nachrichtenagentur Reuters beschäftigt sich in diesem Beitrag mit einer möglichen **Rückkehr westlicher Unternehmen auf den russischen Markt** nach einem möglichen Friedensschluss in der Ukraine und gibt einen Überblick zum Exodus und möglichen Rückkehroptionen internationaler Konzerne:

[Will Western companies return to Russia as Trump warms up to Putin? | Reuters](#)

Bei den Diskussionen über die zukünftige Unterstützung der Ukraine durch die USA spielen verfügbare **Bodenschätze in der Ukraine** eine wichtige Rolle. Dieser Beitrag in der FAZ bietet dazu einen Überblick über vorhandene Ressourcen:

[Bodenschätze: So viel ist die Ostukraine wert](#)

Die „Zeit“ zieht in einem Beitrag eine **Bilanz der Sanktionen gegen Russland** und konzentriert sich dabei auf drei wesentliche Themen: die Sanktionen im Energiesektor, die Technologie-Sanktionen und die politische Sanktionswirkung. Die Bilanz fällt gemischt aus: Vor allem beim Export von Energierohstoffen habe Russland zuletzt dringend benötigte Einnahmen verloren und die Einfuhr von Technologie sei zumindest verteuert worden. Generell sei die Sanktionswirkung aber nicht vollständig, was auch dazu beigetragen habe, dass politisch keine Verhaltensänderung in Russland erreicht wurde.

[Ukrainekrieg: Stimmt das eigentlich, dass die Russlandsanktionen nicht wirken? | ZEIT ONLINE](#)

Das britische Medium The Conversation beschäftigt sich in einer vergleichenden Analyse mit den **Wirkungen internationaler Sanktionen**. Laut Untersuchungen seien Sanktionen in weniger als 10 Prozent der Fälle wirksam, wenn Erfolg als die vollständige Einhaltung eines sanktionierten Regimes unter dem ausgeübten Druck von außen definiert wird. Bei einer nachsichtigeren Betrachtungsweise steigt die Erfolgsquote auf höchstens 35 Prozent:

[Sanctions rarely achieve their goals – here's why they failed in Russia and Myanmar](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):
[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1_en \(europa.eu\)](#)

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:
[240930_BMWK_Hinweispaper_Sanktionsumgehung_Aktualisierung_Verbände_Reinodus_nachVerbändenundRessorts](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen
[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im ELAN-K2 Ausfuhr-System. Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

Dokumente zum 16. Sanktionspaket:

L_202500394DE.000101.fmx.xml

Official Journal L series daily view - EUR-Lex

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia – European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 20. Dezember 2024):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch für die russische Kriegsführung einschätzt** sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)
[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:
[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU |](#)

[Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:

[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und

Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus

Die AHK Belarus hat ein **Sanktions-Update** veröffentlicht, dass die bestehenden Sanktionsbestimmungen zu Belarus zusammenfasst:

[Sanktionsupdate Belarus August 2024.pdf - Google Drive](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[Konsolidierter TEXT: 32006R0765 — DE — 13.09.2024](#)

[Sanktionsupdate Belarus August 2024.pdf - Google Drive](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenauftrag der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spandenauftrag der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

in f X @OstAusschuss

The social media icons include LinkedIn (in), Facebook (f), Twitter (X), and YouTube (play button). The handle '@OstAusschuss' is positioned to the right of the icons.